

Stand: 01.05.2026 23:14:29

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/93

"Transparenter und offener Umgang mit dem Münchner Kunstfund"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/93 vom 15.11.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/427 des WK vom 22.01.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 9 vom 28.01.2014



Antrag

der Abgeordneten **Isabell Zacharias, Martina Feh-
ner, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger
SPD**

Transparenter und offener Umgang mit dem Münchener Kunstfund

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen des auf Antrag der SPD-Fraktion für den 27. November 2013 angekündigten Berichts im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst zum aktuellen Sachstand des Münchner Kunstfonds auf die folgenden Fragestellungen einzugehen:

1. Aus welchen Gründen wurde der Öffentlichkeit die Inbeschlagnahme der Bilder aus der Wohnung von Cornelius Gurlitt fast zwei Jahre lang vorenthalten?
2. Warum wurde jahrelang nur eine einzige Kunsthistorikerin mit der Erfassung und Erforschung der beschlagnahmten Werke beauftragt?
3. Warum sind lediglich 25 der insgesamt 1.406 Kunstwerke auf dem Internetportal „Lost Art“ veröffentlicht worden?
4. Sind bei den 1.406 beschlagnahmten Werken solche dabei, die private Leihgaben an Museen waren oder ursprünglich ausländische Besitzer hatten?
5. Sind unter den Bildern solche, die von der „Washingtoner Erklärung“ von 1998 berührt sind, in der sich die Unterzeichnerstaaten verpflichtet haben, Raubkunst zurückzugeben bzw. „faire Lösungen“ zu finden?
6. Welche Konsequenzen sind aus der Tatsache zu ziehen, dass 315 der 1.406 Bilder im Nationalsozialismus zur sogenannten „entarteten Kunst“ zu zählen sind?
7. Laut Pressebericht wurden neben den Kunstwerken auch die Geschäftsbücher von Hildebrand Gurlitt gefunden, in welchen die Namen jüdischer Sammler dokumentiert seien, von welchen Gurlitt während der NS-Zeit Bilder abgekauft habe. Welche Schlussfolgerungen wurden aus diesen Informationen gezogen?
8. Wie bewertet die Staatsregierung, dass ihr die Bundesregierung die Aufklärung des Kunstfonds abgenommen hat?
9. Welche konkrete Tätigkeit hat die eingesetzte Taskforce und welche Personen sind beteiligt?
10. Wie wird die Öffentlichkeit über die Details des Kunstfonds weiter informiert?

Begründung:

Bereits am 28. Februar 2012 wurden 1.406 Kunstwerke in der Münchner Wohnung von Cornelius Gurlitt, Sohn des Kunsthändlers Hildebrand Gurlitt, entdeckt. Die ermittelnde Staatsanwaltschaft hatte den Fund der zum Teil seit 1945 als verschollen gegoltenen oder der Kunstgeschichte nicht bekannten Werke bisher geheim gehalten. Erst durch Presseberichte wurde die Öffentlichkeit im November 2013 informiert.

Ein Großteil des Fonds ist kunsthistorisch noch immer nicht bestimmt. Laut Staatsanwaltschaft Augsburg muss die Herkunft von mindestens 970 Bildern des Fonds noch überprüft werden. Unklar ist, welche Werke der „Entarteten Kunst“ oder der NS-Raubkunst zugeordnet werden und welche aus jüdischem Besitz entstammen.

Seitdem der Fund bekannt wurde ist sowohl die Informationspolitik wie auch das Vorgehen der beteiligten Stellen massiv kritisiert worden.

Kunsthistoriker und Vertreter des Jüdischen Weltkongresses (WJC) üben massive Kritik daran, dass die Liste der Bilder für die Öffentlichkeit noch immer nicht zugänglich gemacht wurde. Lediglich 25 Bilder des Fonds sind auf der Lost-Art-Datenbank veröffentlicht worden.

Zunächst war nur eine Kunsthistorikerin mit der Provenienzforschung betraut gewesen. Nach massivem öffentlichem Druck hat jetzt die Bundesregierung federführend die Aufklärung der Sachlage übernommen. Es wurde eine „Taskforce“ von Kunstexperten eingerichtet, die die Herkunft aller Bilder klären soll. Auch kündigt die Bundesregierung an, in Kürze, alle Bilder zu veröffentlichen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

**Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner,
Georg Rosenthal u.a. SPD**

Drs. 17/93

**Transparenter und offener Umgang mit dem Münchner Kunst-
fund**

I. Beschlussempfehlung:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Berichterstatlerin: **Isabell Zacharias**
Mitberichterstatter: **Oliver Jörg**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 4. Sitzung am 22. Januar 2014 beraten und für erledigt erklärt.

Prof. Dr. Michael Piazzolo
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag einstimmig diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 25. November 2013 (Vf. 14-VII-13) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 1. des Art. 18a Abs. 4 Satz 1, Abs. 12 Sätze 3 bis 5 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBI S. 796, BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch Art. 65 des Gesetzes vom 24. Juli 2012 (GVBI S. 366),
 2. des Art. 12a Abs. 4 Satz 1, Abs. 11 Sätze 3 bis 5 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern (Landkreisordnung – LKrO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBI S. 826, BayRS 2020-3-1-I), zuletzt geändert durch Art. 65 des Gesetzes vom 24. Juli 2012 (GVBI S. 366)

PII/G-1310/13-0012

Drs. 17/443 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ



2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 03. Januar 2014 (Vf. 15-VII-13) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 85 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (BayBeamtVG) vom 5. August 2010 (GVBl S. 410,528, ber. S. 764, BayRS 2033-1-1-F), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 24. Juli 2013 (GVBl S. 450)
PII/G-1310/13-0013
Drs. 17/445 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren
II. Der Antrag ist unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> |

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge abschaffen – Unternehmen entlasten
Drs. 17/45, 17/383 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> |

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Petra Guttenberger, Alex Dorow u.a. CSU, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Subsidiarität – Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verfahrensgarantien in Strafverfahren für verdächtige oder beschuldigte Kinder KOM (2013) 822
(BR-Drs. 789/13)
Drs. 17/372, 17/419 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> |

5. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alex Dorow, Alexander König u.a. CSU, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Subsidiarität – Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen und der Verordnung (EG) Nr. 1896/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens COM (2013) 794
Drs. 17/401, 17/418 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> |

6. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Transparenter und offener Umgang mit dem Münchner Kunstfund
Drs. 17/93, 17/427

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

der den Antrag für erledigt erklärt hat

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zu Immobilienverkäufen und Bauvorhaben der Staatsverwaltung
Drs. 17/127, 17/422

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verkauf der GBW-Wohnungen
Drs. 17/245, 17/416

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum Verkauf der landeseigenen Wohnungsgesellschaft GBW
Drs. 17/253, 17/417

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat